

Politische und kulturelle Identität Europas

Von Furio Cerutti

„Politische und kulturelle Identität“ klingt neutral und sachlich und suggeriert ein ruhiges Ineinanderfließen von kultureller und politischer Identität. Meine These hingegen läuft konträr zum überlieferten Wissen über das Thema „Identität“ und lautet nicht: „Politische und kulturelle Identität Europas“, sondern: „Politische Identität und kulturelle Diversität der Europäer“. Das heißt, dass Europa, die Europäische Union, zwar eine politische, aber keine kulturelle Identität braucht. Im Gegenteil, an der Differenz von politischer und kultureller Identität muss festgehalten werden, weil sie sowohl der politischen Einheit als auch der kulturellen Vielfalt gut tut.

Wenden wir uns zunächst der politischen Identität zu und stellen die Frage, warum denn überhaupt die EU-Bürger und die Unionsinstitutionen eine politische Identität brauchen. Wir können sogar radikaler fragen: Brauchen wir wirklich eine Identität? - Ich habe vor 36 Jahren in Frankfurt Theodor W. Adornos Seminar über das kurz zuvor erschienene Buch *Negative Dialektik* belegt und bin mir noch des Risikos bewusst, dass Identität das Nichtidentische unterdrückt. Deswegen stelle ich überhaupt die Frage.

Allein, politische Identität ist nicht eine Art der philosophischen und von Adorno kritisierten Gattung Identität, sondern sie ist eine sehr spezifische Fassung von Gruppenidentität. Ich verstehe darunter das Ensemble von *politischen* Werten und Prinzipien, die wir als unser eigen, das heißt also als Basis für unsere politische Gruppe anerkennen, sei es Partei, Staat oder Gemeinde. Dieser Akt der Anerkennung oder Identifikation macht uns erst zu einem Wir. Damit schauen wir uns in einem Spiegel an und bestimmen, wer wir sind und wer wir werden wollen. Damit bauen wir aber auch eine Mauer, denn Identität ist nicht nur ein Spiegel, sie ist auch eine Mauer;

metaphorisch gesagt. Eine Stütz- und Scheidemauer, die unsere Gruppe stützt und zugleich von anderen Gruppen abgrenzt. Wie hoch oder wie durchlässig diese Mauer ist, wie demokratisch oder wie ethno-nationalistisch diese Mauer aussieht, das ist im Begriff der politischen Identität selbst nicht enthalten, weil es von der konkreten Entwicklung abhängt. Aber selbst eine hochdemokratische Identität braucht eine Mauer, braucht Grenzen. Sie kann erst auf dieser Basis die Beziehungen zu Nachbarn und zu Fremden regeln. Diffuse Identitäten versetzen weder Individuen noch Gruppen in die Lage, einander mit Offenheit und Toleranz zu begegnen. Ich nenne ein Beispiel: Die zur Zeit diskutierte endlose Erweiterung der Europäischen Union bis nach Wladiwostok, also eine Gemeinschaft ohne politisch sinnvolle Grenzen, würde es der Union keineswegs leichter machen, ihre Ziele in der Weltpolitik zu erreichen; es würde ihr vielmehr den politischen Charakter nehmen und sie zurückdrehen zu einer politisch wirkungslosen Freihandelszone.

Jetzt wollen wir auf die „europäische Identität“ schauen. Ist sie notwendig? Fangen wir mit den *theoretischen* Gründen für ihre Notwendigkeit an. Meine These ist: Ohne eine Identität unter ihren Bürgern auszubilden, kann die Union weder

- erstens: Politikfähigkeit,
 - zweitens: Legitimität und
 - drittens: Fähigkeit zur demokratischen Konfliktlösung
- für sich beanspruchen.

Sie kann kaum Politikfähigkeit beanspruchen, weil sich Bürger und Institutionen ohne Dialog über Identität nicht miteinander verständigen können, wohin der Weg führen soll und auf halbem Weg stehen bleiben müssen, was politisch das Potenzial der EU in diesem geschichtlichen Kontext gefährdet.

Ohne Identität, zweitens, gibt es kaum Legitimität, weil auch die besten Normen und Entscheidungen nur dann als gerecht und sinnvoll erscheinen, wo die Akteure Gründe und Sinn darin finden, als *ein* Subjekt angesprochen zu werden. Wohlge-merkt in den Fragen, die Sache der Union sind und nicht der Staaten oder der Re-

gionen. Anders gesagt, in der Sprache der alten politischen Schriftsteller: Sie können die besten Gesetze haben, aber das hilft nicht, wenn sie nicht in der Seele der Bürger, in der Seele der Europäer Resonanz finden.

Ohne Identität kann, drittens, letztlich kaum die Fähigkeit zur demokratischen Konfliktlösung entwickelt werden. Erst wenn der Zusammenhalt der Gruppe, also der politischen Gruppe, in unserem Falle der Europäischen Union, durch Anerkennung gemeinsamer Werte und Ziele gesichert ist, macht es Sinn, Interessens- und Meinungskonflikte im Unionsraum nach gemeinsamen Regeln auszutragen. Dies gilt etwa in der Fiskal- oder Sozialpolitik, die aus funktionalen Gründen nicht auf ewig, wie es heute der Fall ist, unkoordiniert bleiben können.

Neben den theoretischen gibt es *historische* Gründe für die Notwendigkeit einer Identität der Europäer, einer auszubildenden politischen Identität der Europäer. Die historischen Gründe liegen meiner Meinung nach in einer Interpretation der Entwicklung der Gemeinschaft von Maastricht zu Laeken, als Anerkennung des wachsenden Bedarfs an Politik im europäischen Institutionennetz. Dieser Weg hatte, zumindest nach meiner Einschätzung, diese Bedeutung. Der wachsende Bedarf an Politik ist auch deshalb anzuerkennen, weil die Globalisierung die Welt in Machtzentren teilt, die mehr *governance* brauchen, um den Herausforderungen des globalen Marktes zu genügen.

Es war in den vergangenen zehn oder zwölf Jahren möglich, die Wette einzugehen, dass das Jahrzehnt mit dem Übergang der Union zu einer vollständigen politischen, wenn auch nicht traditionell bundesstaatlichen Regierungsfähigkeit enden würde, die Identität impliziert. Ich meine, diese Wette ist verloren worden. Die Entwicklung des Jahres 2003 hat gezeigt, dass es weiterhin keinen einheitlichen Standpunkt unter den Europäern gibt in der *grand strategy*, also in den grundlegenden Entscheidungen in der Außenpolitik. Es hat sich während des Irak-Krieges gezeigt, dass die Nicht-Union, also die mangelnde Union oder Einheitlichkeit unter den Europäern noch schlimmer ist als vor zehn Jahren, als die Europäer, ich meine die europäischen Staaten und die damalige Europäische Gemeinschaft, unfähig waren, etwas Kon-

kreter zur Verteidigung der Menschenrechte und zur Abwendung des Genozids im ehemaligen Jugoslawien zu unternehmen.

Der zweite Grund weshalb ich diese Wette für verloren ansehe, ist, dass wir gerade in dem Augenblick, wo wir auf ein positives Ende dieses Weges hin zur Politik warten, mit einem Verfassungsentwurf konfrontiert sind, der das Vetorecht der Mitgliedstaaten in außenpolitischen Fragen bestätigt und Mehrheitsentscheidungen auf sonstigen Gebieten bis auf das Jahr 2009 verschiebt. Mit 25 Mitgliedern dürfte es viel schwieriger werden als mit 15, Einstimmigkeit zu erzielen. Das ist jetzt, wie ich meine, das Ende und auch das Fazit dieses politischen Zyklus von Maastricht bis zur sehr fortgeschrittenen Erklärung von Laeken. Dieser Zyklus hat nicht die politischen Früchte gebracht, die man sich realistischerweise hätte erhoffen können, und die auch eine schnellere Reifung des politischen Identitätsgefühls unter europäischen Bürgern und Institutionen hätte mit sich bringen können.

Damit verbinde ich aber keine pessimistische Vorhersage oder Prophetie. Ich weiß ja genau, dass Europa in den fünfzig Jahren seiner politischen Geschichte immer wieder Stagnationen oder Rückschritte wettgemacht hat durch eine unglaubliche Fähigkeit, erneut von vorne anzufangen und einen mutigen Schritt vorwärts zu machen.

Allerdings kann ich Wunder am Horizont nicht erkennen. Zunächst sehe ich kaum Aussichten auf relevante Fälle von „verstärkter Zusammenarbeit“ unter einzelnen Mitgliedstaaten, die das politische Schiff zumindest einer Teilunion bald wieder flott machen können. Wenn wir heute von politischer Identität der Europäer sprechen, müssen wir also wissen, dass wir von etwas reden, das bestenfalls in einer nicht so nahen Zukunft - also nicht in meiner Generation von „Alt-Europäern“- zur Wirklichkeit werden kann. Oder sie könnte auch niemals zur Wirklichkeit werden, denn verlangsamte oder aufgeschobene Prozesse können das erhoffte Ziel verfehlen und sich im Sand verlaufen.

Allerdings, auch wenn wir nicht von einem tagespolitisch relevanten Ereignis reden, ist es möglich und sinnvoll, sich zu fragen: *Wie kann sich politische Identität in Europa herausbilden?*

Das kann durch dreierlei Prozesse geschehen:

Erstens durch die Verfassungsdebatte, die nicht überschätzt werden kann. Ich meine die Debatte, die im Zusammenhang mit der Arbeit des Europäischen Konvents stattgefunden hat sowie die, die es noch weiter geben wird in den nächsten Jahren, wenn die Verfassungsnormen interpretiert und angewandt werden sollen. Noch wichtiger: Eine Identität kann sich entwickeln durch eine breit verstandene Institutionalisierung europäischer Werte und Zielsetzungen; nicht nur der Verfassung, sondern in den Studien- und Schulprogrammen der Mitgliedsstaaten, in der europäischen und nationalen Rechtsprechung oder in Parlamentsdebatten, in Brüssel, Straßburg sowie in den einzelnen Hauptstädten.

Zweitens: Am wirksamsten für die Identitätsbildung sind hochpolitische Entscheidungen, die es ja nicht oder kaum gegeben hat, und die im Falle des Iraks nur negativ getroffen wurden, weil es ja vollkommen an einheitlichen Entscheidungen gefehlt hat. Institutionelle Lösungen, wie die jetzt mit dem Amt des Außenministers der Union im Verfassungsentwurf, helfen wenig, wenn nicht der politische Wille da ist. Das ist natürlich eine Trivialität, aber sie muss an dieser Stelle betont werden, weil wir uns sonst zu sehr auf institutionelle Kompromisse freuen, die dann politisch weniger bringen. Einen außenpolitischen Sprecher der Union, den sogenannten *Monsieur PESC*, gibt es schon seit Jahren, aber jetzt, als der 11. September 2001 kam und dann der Irak-Krieg, hatte diese institutionelle Lösung politisch so gut wie keine Bedeutung.

Also: Identitätsbildend sind hochpolitische Entscheidungen, die alle betreffen und das Gefühl eines gemeinsamen Weges vermitteln und versinnbildlichen; etwa in Sachen Krieg und Frieden, in Sachen Menschenrechte, in Sachen Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit. Es geht nichts über das Bewusstsein, dass man sich in demselben Boot befindet und gemeinsam ans Ruder muss, um gemeinsame Erfahrungen zu schaffen, durch die sich Identitätssinn oder Identitätsbewusstsein bilden können.

Nun, Europa mag sich noch mal zehn Jahre oder zwanzig nehmen, ehe es zu einer politischen Einigung kommt. Aber es ist nicht gesagt, dass die Welt auf sie wartet. Und in der Politik ist Zeit eine Größe an sich. Die Welt mag sich nämlich in der Zwischenzeit in Machtzentren organisieren und die Globalisierung auf eine Weise managen, von der Europa als einheitlicher Akteur ausgeschlossen ist. Das würde passieren, wenn der Unilateralismus der Bush-Administration tatsächlich die amerikanische Politik auch in den nächsten Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten prägt. Das könnte passieren, wenn sich dadurch, und zwar von Amerika ausgehend, aber nicht nur Amerika betreffend, in der Weltpolitik ein Vorrang der Machtpolitik etabliert, der den europäischen Prinzipien von friedlicher Kooperation und Integration zuwiderläuft. Wenn wir uns nicht schnell genug organisieren und politisch als eine Macht und als eine Einheit mit entsprechender Identität handeln, kann die Welt in zehn oder fünfzehn Jahren so aussehen, dass für uns kein oder kaum noch Platz übrig bleibt.

Drittens würde ich meinen: Als gesellschaftlicher Grundboden für Identitätsbildung ist der symbolisch wirksame Alltag der Integration wichtig, der aber erst langsam, sogar sehr langsam zur Wirkung kommt. Damit meine ich die wachsende Massenerfahrung, dass man überall in Europa (bald auch im Osten) unter annähernd gleichen Gesetzen und Regelungen lebt, und - wichtiger - dieselbe Währung benutzt, vielleicht in der Zukunft sogar in Großbritannien! Wenn man so will, Georg Simmel wirkt hier als Taufpate einer symbolischen Identitätsbildung jenseits des Funktionalismus.

Ich versuche nun zu zeigen, warum *politische Identität und kulturelle Vielfalt* begrifflich auseinander gehalten werden sollen und wie sie aber auch miteinander ins Spiel kommen. Es handelt sich also um einen Unterschied und nicht um eine Trennung. Jenseits oder diesseits aller Unterschiede: Die politische Identität basiert natürlich auf einer gewissen Konvergenz der philosophischen, religiösen und rechtlichen Kulturwerte in den europäischen Traditionen. Aber Konvergenz ist nicht gleich Identität. Worauf es ankommt, ist nicht wie viel kulturelle Identität unter den verschiedenen Ländern und Traditionen besteht oder konzidiert werden soll (wie die Mitglieder des Konvents sehr unkritisch angenommen haben), sondern welche soziale und politisch-institutionelle Prinzipien wir jetzt als gemeinsam statuieren wollen. Andererseits

ist politische Identität als Kernbestand von rein politischen Werten und Zielsetzungen nicht in der Lage, unmittelbar das Leben einer Gemeinschaft zu bestimmen. Vielmehr muss politische Identität, so wie sie in einer Verfassung festgelegt ist, erst interpretiert werden, um überhaupt erst zur Geltung zu kommen, um die Bürger zu erreichen. Interpretationen des Identitätskerns werden ausgearbeitet in den Gerichtssprüchen, besonders der europäischen Gerichte, oder in den Debatten der verschiedenen europäischen Öffentlichkeiten. Dass die politische Identität der Europäer, wenn sie einmal zur Reife kommt, nicht auf Kosten der kulturellen Differenz gehen soll, liegt darin begründet, dass die Europäische Union keine Supernation und kein Superstaat werden soll beziehungsweise werden kann und auch nicht zu werden braucht. Als postnationales Gebilde geht sie neuartige, noch nicht völlig begriffene Wege, die eher mit dem nicht auf den Nationalstaat fixierten Charakter der Politik in der Globalisierung zu tun haben. Stichworte wie „post-staatlich“ und sogar „post-modern“, allerdings mit Bindestrich, wären hier einzuführen. Das angesprochene Verhältnis von politischer Identität und kultureller Differenz hat viel mit der politisch-rechtlichen Grundstruktur der Union zu tun. Die EU hat endlich den modernen, auf die französische Revolution zurückgehenden Zusammenschluss von *demos* und *ethnos* aufgelöst und experimentiert mit einem *demos*, der ethnisch und kulturell mit sich unidentisch ist. Anders als in den Staatsnationen. Ein *demos*, der sich aus vielen *demoi* zusammensetzt, aus vielen Völkern, ohne allerdings deren rechnerische Summe zu sein. Der europäische *demos* setzt sich, soweit von der Verfassung bestimmt und in den europäischen Parlamentswahlen ebenso wie in vielen anderen institutionellen Handlungen involviert, zugleich aus *einem* europäischen Volk und vielen nationalstaatlich verfassten Völkern zusammen. Es ist schwer und kompliziert, so einen neuartigen Vorgang zu begreifen. Aber wenn wir das nicht begreifen, verfehlen wir das Neue an der Europäischen Union. Wir können und wir sollten uns immer wieder vor der Gefahr schützen, den noch unklaren, ungewissen, aber deswegen produktiven und innovativen Wege der Europäischen Union in der Bildung neuartiger Institutionen immer wieder anhand von historischen nationalen Standards begreifen zu wollen.

Wenn ich das nun alles auf ein aktuelles Fazit bringen darf: anhand meiner obenstehenden Äußerungen möchte ich die Präambel im Verfassungsentwurf lieber streichen. Die peinliche Debatte um eine etwaige Nennung von spezifisch religiösen Wurzeln Europas in dieser Präambel hat gezeigt, wie unnötig und unklug es für ein politisches Organ, wie der Konvent nun einmal war, über die philosophische, religiöse und moralische Seele der Europäer befinden zu wollen. Ich finde das auch einen ziemlich illiberalen Akt. Eine rein politische Präambel wäre mehr als genug gewesen, weil die Seele der Europäischen Union, also die einzige Seele, worüber ein politisches Organ zu befinden hat, in rechtlich formulierten Werten und Prinzipien liegt und lebt, nicht einem schulmeisterlich zusammengebastelten Credo.

Furio Cerutti ist Professor für politische Philosophie an der Universität Florenz und gegenwärtig Visiting Scholar am Zentrum für europäische Studien der Harvard University, Cambridge/Massachusetts.

Redaktionelle Anmerkung:

Dieser Text ist die überarbeitete Fassung einer Rede von Furio Cerutti bei der Tagung „Europäische Identität“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16. Juni 2003 in Berlin.